

Prysmian Kabel und Systeme GmbH, Alt-Moabit 91D, 10559 Berlin

**European Commission
Directorate-General for Competition
State Aid Registry
1049 Bruxelles/Brussel
Belgique/België
Ref.: HT.5371**

COMP-CEEAG-CONSULTATION@ec.europa.eu

Pier Francesco Tota

Telefon +49(0)3036754741

E-Mail pierfrancesco.tota@prysmiangroup.com

Central East Europe – Chief Financial Officer

Prysmian Kabel und Systeme GmbH
Alt-Moabit 91 D
10559 Berlin

Berlin, 30. Juli 2021

HT.5371_Reply_from_a_company

Stellungnahme der Prysmian Kabel und Systeme GmbH zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Revision der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022 (KUEBLL 2022)

Vorbemerkungen

Die Prysmian Kabel und Systeme GmbH (nachfolgend „Prysmian“ oder „wir“) begrüßt grundsätzlich die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die *Beihilfeleitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022* (KUEBLL 2022), im Original *Guidelines on State aid for climate, environmental protection and energy 2022* (CEEAG 2022) an die Emissionsziele des Green Deal anzupassen und damit einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer klimaneutralen Europäischen Union zu gehen.

Die Prysmian ist der größte Hersteller von Kabel und Leitungen für die Energieübertragung in Deutschland. Das Geschäft umfasst drei Geschäftsbereiche: Kabel für Energieversorgungsunternehmen (Utilities), Spezialkabel für die Industrie (Special Cables) sowie Kabel und Leitungen für die Installation (General Market). Das weltweit ausgerichtete und zertifizierte Qualitätsmanagement sichert vom Beschaffungs-, über den Produktions- bis zum Lieferprozess eine stets hochwertige Produktqualität. Mit dem Fokus auf nachhaltige und umweltorientierte Fertigungsprozesse stellt Prysmian sicher, dass der Grundgedanke von nachhaltig ausgerichteten Energiekonzepten auch im eigenen Unternehmen umgesetzt wird. Wir leisten somit einen wertvollen Beitrag zu nachhaltigen, auf erneuerbaren Energien beruhenden Energiekonzepten und stellen somit sicher, dass der Begriff der Nachhaltigkeit auch bis auf die verwendeten Kabelsysteme zutrifft.

Im Jahr 2020 erhielt Prysmian jeweils den Zuschlag für die Realisierung der drei deutschen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Kabelprojekte (HGÜ-Kabel). Prysmian stellt seine innovativen und umweltfreundlichen Kabeltechnologien zur Verfügung, um saubere Energie, die die Windparks vor der Nordseeküste Deutschlands erzeugen, in die hoch industrialisierten Regionen Süddeutschlands zu transportieren.

Durch unser zertifiziertes Energiemanagementsystem nach ISO50001:2018 werden schon jetzt laufend Einsparpotenziale identifiziert und Maßnahmen zur Energieeffizienz realisiert. Wir beziehen bereits jetzt

Prysmian Kabel und Systeme GmbH

Sitz der Gesellschaft:
Alt-Moabit 91D, 10559 Berlin
Deutschland

Tel. +49 30 3675-40
www.prysmiangroup.de

Geschäftsführer:
Lars Frederick Persson, Hendricus Christiaan Nieman,
Pier Francesco Tota

Registergericht:
Berlin-Charlottenburg HRB 69779 B

USt - IdNr.: DE199451811
Steuer-Nr.: 30/046/77161

Bankverbindung:
IBAN: DE39 5021 0900 0214 8140 05
BIC: CITIDF33XXX

unseren Strom nachweislich zu 100% aus umweltfreundlichen erneuerbaren Energiequellen und haben darüber hinaus u.a. unsere Flurförderfahrzeuge von Diesel- auf Elektroantrieb umgestellt sowie die gesamte Werksbeleuchtung auf energiesparende LED-Beleuchtung umgerüstet.

Angesichts der geplanten Änderungen in den Beihilfeleitlinien sehen wir diese Nachhaltigkeitsstrategie und unsere Existenz als Unternehmen in der Europäischen Union jedoch gefährdet.

Die Klimaziele würden daher durch das Inkrafttreten der *Beihilfeleitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2022* nach der zur Konsultation gestellten Entwurfsfassung gefährdet. **Nach dem Entwurf der Leitlinien ist der Wirtschaftszweig, „Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln“ nach dem Code 27.32 der WZ 2008, welchem die Tätigkeit unseres Unternehmens zugeordnet wird, nicht mehr privilegiert.** Angesichts der hohen Stromkosten würde dies für die Prysmian bedeuten, dass die Produktion in Deutschland und der Europäischen Union **nicht länger rentabel** betrieben werden könnte. Die Produktion wird bereits jetzt unter extrem engen Gewinnmargen bewerkstelligt.

Es ist widersinnig, auf der einen Seite den Ausbau von Offshore-Windparks zu fördern, Milliarden in den Transport der erneuerbaren Energien zu investieren, sodann aber nachhaltige Zulieferer wie Prysmian für diesen Ausbau der Erneuerbaren-Energien zahlen zu lassen und damit erheblich unsere Produktionsbedingungen in die Wettbewerbsunfähigkeit zu treiben.

Wir fordern die Europäische Kommission daher auf, die Regelungen für energieintensive Unternehmen zumindest in der bestehenden Form und insbesondere den Wirtschaftszweig „Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln“ mit dem Code 27.32 der WZ 2008 beizubehalten, um die Klimaziele im Rahmen des Green Deal einhalten zu können.

Anmerkungen zu den Änderungen der KUEBLL bezüglich der Ermäßigungen der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen

1. Beihilfefähige Wirtschaftszweige

Die Haupttätigkeit der Prysmian unterfällt, wie oben bereits dargestellt, gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (WZ 2008) nach der Verordnung 1893/2006/EU dem Code 27.32 der WZ 2008 („Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln“). Die der Tätigkeit zugrundeliegenden Produktionsprozesse sind sehr stromkostenintensiv, weshalb die Prysmian bisher die sog. Besondere Ausgleichsregelung gemäß den §§ 63 ff. des deutschen Gesetzes für den Ausbau Erneuerbarer Energien (EEG) und die damit verbundene Möglichkeit der Reduzierung der EEG-, KWKG-, und Offshore-Netzumlage in Anspruch nehmen konnte. Gemäß § 64 i.V.m. Anlage 4 EEG 2021 besteht diese Möglichkeit derzeit u.a. für Unternehmen, die dem Code 27.32 der WZ 2008 unterfallen. Diese Beihilfe ist nach den derzeitigen Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014 - 2020 (UEBLL 2014 - 2020) gemäß Abschnitt 3.7.2., Rn. 185 i.V.m. Anhang 3 zulässig, da es sich, ausweislich der Leitlinie, um einen Wirtschaftszweig handelt, der eine Handelsintensität von mindestens 4% und eine Stromintensität von mindestens 20% aufweist.

Nach dem zur Konsultation stehenden Entwurf ist unter Abschnitt 4.11, Rn. 350ff. die Genehmigung von „*Beihilfen in Form einer Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen*“ weiterhin für bestimmte Wirtschaftszweige möglich. Die betreffenden Wirtschaftszweige sollen nur solche sein, denen durch die beihilfefähigen Abgaben ein erheblicher Wettbewerbsnachteil und ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen in Länder außerhalb der Union entstehen, vgl. Rn. 357. Dies soll jedoch nur noch für Unternehmen zutreffen, die in einem Wirtschaftszweig tätig sind, der auf Unionsebene eine Stromintensität von mindestens 10% und eine Handelsintensität von mindestens 20% oder eine Stromintensität von mindestens 7% und eine Handelsintensität von mindestens 80% aufweist. Die Wirtschaftszweige, auf die dies zutrefte, werden im Anhang I des Entwurfs gelistet. **Die Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln nach 27.32 WZ-2008 wird dort nicht mehr aufgeführt.** Anders als nach den bestehenden Leitlinien wird den Mitgliedstaaten auch nicht die Möglichkeit gegeben, andere Wirtschaftszweige ausnahmsweise zu berücksichtigen. Danach sehen wir für unser Unternehmen die Gefahr, dass mit Anpassung der nationalen Regelung an die zur

Konsultation stehende Beihilfeleitlinien die Prysmian keine Ermäßigung der Stromabgaben mehr in Anspruch nehmen könnte.

Bei der Heranziehung dieser Schwellenwerte bleiben aber andere Faktoren komplett außer Betracht, so dass diese Sichtweise viel zu verkürzt ist. Prysmian investiert bereits jetzt weltweit und in Deutschland hohe Beträge in eine nachhaltige Kabelproduktion. Denn nachhaltige Energieversorgungskonzepte sind nur halb so viel wert, wenn die verwendeten Komponenten diesen Gedanken nicht tragen.

Wir stehen mit unseren nachhaltig hergestellten Erzeugnissen ferner im internationalen Wettbewerb zu anderen Kabelherstellern, welche unter deutlich geringeren Umweltschutzvorgaben ihre Waren produzieren können. Diese stammen insbesondere aus der Türkei und China, wobei durch Überkapazitäten in China, chinesische Produzenten verstärkt in den europäischen Markt eindringen. Dies erhöht den Preisdruck besonders auf deutsche Marktteilnehmer enorm. Entsprechend gering ist die Gewinnmarge unserer Produkte. Dies ergibt sich auch daraus, dass wir uns wie z.B. bei den HGÜ-Kabeln einer öffentlichen Ausschreibung mit entsprechenden Preisdruck stellen müssen. Aufgrund des starken Wettbewerbsumfelds sind höhere Margen am Markt nicht durchsetzbar.

Es erscheint geradezu absurd, dass eine nachhaltige Kabelproduktion vor Ort zukünftig nicht mehr gefördert werden soll, obwohl hochspezialisierte Kabelsysteme für die Energiewende in Deutschland und Europa benötigt werden. Stattdessen würden Mitbewerber aus China und der Türkei die Gelegenheit erhalten, den Markt zu übernehmen. All diese Faktoren finden im Entwurf der Leitlinien keinerlei Berücksichtigung. Neben den angesprochenen HGÜ-Kabeln liefern wir Kabelsysteme für die Energieversorgung von Elektroautos und spezielle „Windflex-Kabel“, welche ihren Einsatz in Windenergieanlagen finden. Unsere Produkte sind also aus der Energie- und Klimawende nicht mehr hinweg zu denken.

Die derzeit in vielen Bereichen des Baugewerbes bestehende Materialknappheit zeigt, wie wichtig die Produktion von Materialien vor Ort ist. Insbesondere für die Energiewende und die zahlreichen Infrastruktur- und Modernisierungsprojekten in Deutschland und der Europäischen Union wird in den kommenden Jahren ein stetig wachsender Bedarf an modernen Kabelsystemen bestehen. Zu unseren Kunden gehören ferner Stadtwerke, Netzbetreiber und -ausbauer, Errichter von Windparks sowie Elektrogroßhändler. Um bei diesen großen Infrastrukturprojekten konkurrenzfähig zu sein, reicht es schon lange nicht mehr aus, die Kabel bloß zu produzieren. Denn häufig wird ein 24 bzw. 48 Stunden Lieferservice gefordert. Daher bietet Prysmian beispielsweise Baustellenbelieferung an und ist damit ein wichtiger Baustein großer Bau- und Infrastrukturprojekte. Die Herstellung von elektrischen Drähten und Kabeln im Ausland mit deutlich längeren und CO₂-intensiveren Lieferwegen gefährdet nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa, sondern auch hiervon abhängige Wirtschaftszweige. All diese Faktoren bleiben bei dem zur Konsultation gestellten Entwurf gänzlich unberücksichtigt.

Hinzu tritt, dass auch die Wirtschaftszweigklasse „Rückgewinnung sortierter Werkstoffe“ gemäß Code 38.32 WZ 2008 zukünftig nicht mehr privilegierungsfähig sein soll. Für unsere Kabelherstellung verwenden wir im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft u.a. aufbereiteten Kupferschrott (z.B. aus Altkabeln). Sofern unsere Zulieferer ihrerseits nicht mehr von einer Reduzierung der Abgabe zur Finanzierung der Erneuerbaren Energien profitieren können, würde zu einer weiteren Kostensteigerung für den Rohstoff Kupfer führen. Auch dieses Szenario würde die Wirtschaftlichkeit des Betriebs der Prysmian massiv beeinflussen und ist ein weiteres Beispiel, dass die Streichung der betroffenen Wirtschaftszweige für die gesamte europäische Wirtschaft massive Auswirkungen hätte.

Bei einer ganzheitlichen Betrachtung des Leitlinien-Entwurfs fällt ferner auf, dass die Herstellung von Glasfaserkabeln gemäß Code 27.31 WZ 2008 zukünftig weiterhin beihilfefähig sein soll. Für uns ist nicht ersichtlich, weshalb in dieser Branche ein höheres Carbon-Leakage-Risiko bestehen soll, als bei der Herstellung von (Kupfer-)Kabeln. Hier bleibt der Leitlinien-Entwurf eine Erläuterung schuldig. Denn auch unsere Produkte könnten in Drittstaaten unter geringen Umweltschutzvorkehrungen produziert und z.B. über den Seeweg importiert werden. Dass hierbei für den Transport weiteres CO₂ emittiert werden würde, liegt auf der Hand.

Durch den Wegfall der Entlastungsmöglichkeit durch die besondere Ausgleichsregelung ist ein wirtschaftliches Betreiben der Kabelproduktion in Deutschland kaum mehr möglich. Die stromseitigen Umlagen sind der größte Kostentreiber im Herstellungsprozess. Daneben ist der Strompreis in Deutschland im Übrigen europaweit der höchste. Die Weitergabe der stark erhöhten Produktionskosten an den Kunden ist nicht möglich, da dieser vielmehr auf alternative – nicht so klimaschonend produzierte – Kabelsysteme ausweichen würde bzw. wir unsere Produkte ohnehin über Ausschreibungen am Markt verkaufen müssen. Die ohnehin schon geringe Gewinnmarge würde schrumpfen, so dass Prysmian sich nicht weiter in der Lage sehen würde, in nachhaltige und ressourcenschonende Produktionsverfahren zu investieren. Dazu kommt, dass Prysmian aus physikalischen Gründen mit den derzeit verfügbaren Technologien den Stromkosten nicht ausweichen kann. Hierfür müssen erst Verfahren entwickelt werden, was nicht geschieht, wenn die Möglichkeiten, solche zu entwickeln, derart eingeschränkt werden und die Kabelherstellung vorher vom europäischen Markt verschwindet und die Produkte mit klassischer Herstellung aus dem Ausland in die EU importiert werden.

Der Wegfall der Entlastungsmöglichkeit, die damit entfallende Produktionsmöglichkeit in der EU und damit die KUEBLL selbst widersprechen dabei den Intentionen der neuen europäischen Industriestrategie der EU-Kommission, indem eine europäische Autonomie und Widerstandsfähigkeit der Industrie gegenüber externen Abhängigkeiten verhindert wird, die zudem nachhaltiger und grüner als andere Technologien ist. Bei der **strategischen Autonomie** geht es darum, die Abhängigkeit der EU von anderen zu verringern, wie beispielsweise in den Bereichen kritische Rohstoffe und **Technologien**, **Lebensmittel**, **Infrastruktur**, **Sicherheit**. Gerade bei den Produkten, die Prysmian in der EU, in Deutschland herstellt, handelt es sich um solche für die strategisch relevante Infrastruktur.

Ohne die Besondere Ausgleichsregelung würden im betroffenen Kabelwerk **_____** höhere Kosten entstehen. Für das aktuelle Wirtschaftsjahr 2021 würden die Gewinnzone **_____** sinken. **_____**. Diese hätte eine elementare Bewertung des Standortes zur Folge, bei der eine gesamte Schließung des Kabelwerks nicht auszuschließen wäre. Neben den Nachteilen für das Erreichen der Klimaziele sind davon unmittelbar 238 Arbeitsplätze bei der Prysmian und fast 90 weitere Arbeitsplätze bei kooperierenden Unternehmen gefährdet.

Überdies ist die Methode der Festlegung von Schwellenwerten für Strom- und Handelsintensität allein, wie dargestellt, ungeeignet, um Sektoren zu ermitteln, in denen ein besonderes Risiko für Carbon-Leakage besteht. Den Erläuterungen zum Konsultationsentwurf nach hat sich die Europäische Kommission bei der Festlegung dieser Werte an der Carbon-Leakage-Liste zum Europäischen Emissionshandelssystem orientiert. Allein die Werte der Strom- und Handelsintensität sind nicht geeignet, um die Gefahr von Carbon-Leakage zu bemessen, denn dabei werden etliche Kriterien außer Acht gelassen. Dazu gehören beispielsweise zusätzliche Belastungen durch rechtliche Rahmenbedingungen und infrastrukturelle Gegebenheiten auf nationaler Ebene, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auch innerhalb der Europäischen Union auswirken. Aufgrund der Bewertung der Strom- und Handelsintensität auf Unionsebene kann dagegen ein Wirtschaftszweig in der Gesamtbetrachtung die Schwellenwerte unterschreiten, obwohl er auf nationaler Ebene diese weit überschreiten würde und ggf. sogar zusätzlich nationale Gegebenheiten seine Situation erschweren. Zudem führen die starren Grenzen zu Ungerechtigkeiten, insbesondere wenn einer der beiden Werte weit überschritten, der andere aber nur knapp unterschritten wird. Diesem Problem könnte - neben dem Erhalt der Regelungen in ihrer aktuellen Form - dadurch abgeholfen werden, dass ein einheitlicher Grenzwert durch Multiplikation der Werte für Strom- und Handelsintensität ermittelt wird. Selbst dann wären die Schwellenwerte aber noch abzusenken. Zu kritisieren ist ebenfalls, dass einige Teilsektoren ausscheiden, weil die Werte der übergeordneten Sektoren zugrundegelegt werden.

Letztlich liegt kein erkennbarer Grund vor, die Schwellenwerte für die Strom- und Handelsintensität anzuheben, da die Energiekosten in der Europäischen Union nicht gesunken sind und daher die Gefahr von Carbon-Leakage unverändert fortbesteht. Die Kommission begründet ihren Entwurf insoweit überhaupt nicht, obwohl die EU-Kommission genau dieses jeweils von den Mitgliedsstaaten als Grundlage für eine Notifizierungsmöglichkeit verlangt. Zu fordern ist, dass die Änderungen mindestens aufgrund einer analytischen Einschätzung der Situation und anhand empirischer Daten, die die vielfältigen Unterschiede der Nationalstaaten abbilden geschieht.

2. Mindestkostenbetrag zur Begrenzung der Abgabenermäßigung

Die Kommission ist der Auffassung, dass ein erhebliches Risiko der Verlagerung von Tätigkeiten in beihilfefähigen Sektoren an Standorte außerhalb der Europäischen Union nur dann auf die betreffenden Abgaben zurückzuführen ist, wenn die kumulierte Gesamthöhe dieser Abgaben (vor etwaigen Ermäßigungen) einen bestimmten Mindestkostenbetrag pro MWh erreicht. Dies soll nach dem Konsultationsentwurf in Rn. 356 normiert werden.

Wir sind der Meinung, dass dieser Mindestkostenbetrag bei 10,- EUR/MWh, d.h. 1 ct/kWh liegen sollte. Eine höhere Schwelle ist kaum zu rechtfertigen, da sie zu Marktverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten führen könnte. Angenommen der Mindestkostenbetrag läge bei 100,- EUR/MWh, während der Nettostrompreis 50,- EUR/MWh betrüge. In Land A wird der Mindestkostenbetrag für die Stromabgaben leicht überschritten, in Land B leicht unterschritten, sodass in letzterem keine Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen möglich wäre. Dann würde ein energieintensives und durch Beihilfe privilegiertes Unternehmen in Land A bei einer Reduktion der Abgaben auf 25% einen Strompreis von ca. 30,- EUR/MWh zahlen, während ein energieintensives Unternehmen in Land B einen Strompreis von fast 150,- EUR/MWh zahlen würde.

3. Angemessenheit der Beihilfemaßnahme

Auch bezüglich der Angemessenheit der Beihilfemaßnahmen spricht sich die Prysmian dafür aus, das bestehende Regelwerk beizubehalten. Nach Rn. 359, 360 des Konsultationsentwurfs sollen die Beihilfemaßnahmen auf eine Reduktion von maximal 25% der Kosten aus den Stromabgaben bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 1,5% der Bruttowertschöpfung begrenzt werden.

Nach den aktuellen Leitlinien ist eine Begrenzung bis 15% der Kosten bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 4% der Bruttowertschöpfung und bei einer Stromintensität von mindestens 20% auf 0,5% der Bruttowertschöpfung möglich, Rn. 188, 189.

Wir treten für eine grundsätzliche Begrenzung bis 15% ein, da nur so für Unternehmen in Deutschland die erstrebenswerte Strompreisschwelle von 6 ct/kWh erreicht werden kann. Die bestehenden Ausnahmen für Härtefälle sollten ebenfalls in der Form bestehen bleiben, um in Einzelfällen der besonderen Situation dieser Unternehmen Rechnung zu tragen.

4. Verpflichtende Umsetzung von Vorgaben für auditpflichtige Unternehmen

Der Konsultationsentwurf sieht des Weiteren vor, dass Mitgliedstaaten verpflichtet werden sollen, zu überwachen, dass Beihilfeempfänger, die verpflichtet sind, ein Energieaudit durchzuführen, mindestens eine der dort gelisteten Vorgaben umsetzen, Rn. 365. Diese Vorgaben sind, a) die Umsetzung der Empfehlung eines Audit-Berichts, soweit die Amortisationszeit für die einschlägigen Investitionen drei Jahre nicht übersteigen und die Kosten für ihre Investition angemessen sind, b) die Reduktion des CO₂-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs durch Deckung des Strombedarfs aus CO₂-freien Energiequellen zu mindestens 30%, c) die Investition von mindestens 50% des Beihilfebetrags in Vorhaben, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen der Anlage führen.

Diese Kontrolle der Umsetzung dieser Vorgaben bedeutet den Aufbau weiterer bürokratischer Hürden. Die Maßnahmen müssten kontrolliert und unternehmensseitig mit den Aufsichtsbehörden abgestimmt werden. Zudem würde der wirtschaftlich notwendige Effekt der Entlastung teilweise neutralisiert, wenn dadurch Ausgaben an anderer Stelle erzwungen würden. Dies gilt insbesondere bei aus physikalischen Gründen mit derzeit verfügbarer Technologie nicht oder nicht den Vorgaben entsprechend reduzierbarem CO₂-Ausstoß.

5. Übergangsbestimmungen

Nach Rn. 414 des Konsultationsentwurfs sollen die Mitgliedsstaaten ihre bestehenden Umweltschutz- und Energiebeihilferegelungen bis zum 31. Dezember 2023 in Einklang mit den geänderten Leitlinien bringen. Wenn die Kommission dies auch und gerade für erst kürzlich in diesem Jahr bis Ende 2026 genehmigte Beihilfen, wie die des EEG und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) fordert, stört sie nachhaltig das Vertrauen in den Bestand ihrer Genehmigungen.

Es bedarf daher einer klaren Übergangsbestimmung, wonach bestehende Umweltschutz- und Energiebeihilferegelungen frühestens nach Ablauf ihrer Genehmigung an die geänderten Beihilfeleitlinien angepasst werden müssen.

Fazit

Die bestehenden Regelungen der Umweltschutz- und Energiebeihilfen sollten als Minimalstatus beibehalten werden. Das bedeutet:

1. Die Schwellenwerte für die Handels- und Stromintensität und damit die beihilfefähigen Wirtschaftszweige sollten in ihrer aktuellen Form, zumindest aber der Wirtschaftszweig Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln, nach dem Code 27.32 der WZ 2008 beibehalten werden.
2. Der Mindestkostenbetrag von Strom für die Begrenzung der Abgabenermäßigungen sollte bei 10,- EUR/MWh angesetzt werden.
3. Die Begrenzung bis 15% der Kosten bzw. ausnahmsweise für besonders stark betroffene Unternehmen auf 4% der Bruttowertschöpfung und bei einer Stromintensität von mindestens 20% auf 0,5% der Bruttowertschöpfung sollte beibehalten werden.
4. Die verpflichtende Umsetzung von Vorgaben für auditpflichtige Unternehmen ist abzulehnen.
5. Es sollten stattdessen durch direkte Subventionen und Kapitalkostenerleichterungen echte Anreize zur Elektrifizierung der energieintensiven Unternehmen geschaffen werden.
6. Der Rechtsrahmen sollte langfristig, verlässlich und möglichst wenig bürokratisch gestaltet sein.
7. Für bereits genehmigte Beihilfen bedarf es einer eindeutigen Übergangsbestimmung, wonach diese erst nach Ablauf der Genehmigung angepasst werden müssen.

Die unter Punkt 6 in den Erläuterungen zum Vorschlag für die Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 („Umweltschutz- und Energiebeihilfen“) aufgeworfenen Fragen der Kommission lassen sich somit folgendermaßen beantworten:

- „Ist die oben genannte Methode geeignet, um Sektoren zu ermitteln, in denen ein besonderes Risiko besteht, dass Tätigkeiten an Standorte außerhalb der Europäischen Union verlagert werden, und gleichzeitig die beschriebenen Risiken in Bezug auf Verzerrungen von Wettbewerb und Handel und mangelnde Fördermittel für erneuerbare Energien auf ein Minimum zu begrenzen?“

Nein, die dem zur Konsultation stehenden Entwurf der Beihilfeleitlinien zugrundeliegende Methode zur Ermittlung, welche Sektoren einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, dass Tätigkeiten eines Wirtschaftszweiges an Standorte außerhalb der Europäischen Union verlagert werden, an denen es keine oder weniger anspruchsvolle Umweltstandards gibt, sind **ungeeignet**.

Es ist schon nicht verständlich, wie sich die Strom- und Handelsintensität für so viele Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen, Strom- und Produktionskosten einheitlich berechnen lassen sollten. Weder dem Entwurf der Beihilfeleitlinien, noch den Festlegungen der Carbon-Leakage-Liste im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems liegen eine wissenschaftlich und statistisch fundierte Kalkulation zugrunde, die diese nationalstaatlichen Unterschiede fassen könnte. Zudem wird neben der Gefahr von Carbon-Leakage, der Wettbewerbsfähigkeit in einem globalisierten Markt keine Rechnung getragen.

- „Wie hoch müssten die kumulierten Abgaben je MWh mindestens sein, damit Ermäßigungen gerechtfertigt wären?“

Wir sind der Meinung, dass dieser Mindestkostenbetrag bei 10,- EUR/MWh, d.h. 1 ct/kWh liegen sollte, um Marktverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten zu vermeiden.


Pier Francesco Tola
CFO


Lars Frederick Persson
CEO